

Gemeinsame Erklärung
Nachhaltig, wertvoll und unverzichtbar

Kritik an inländischer Aluminiumproduktion von Beschäftigten und Branche zurückgewiesen

Berlin, 25.02.2014 – „Die jüngste Kritik an der deutschen Aluminiumindustrie in Form eines WDR-Beitrags kann nicht unwidersprochen im Raum stehen bleiben. Wer der Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlusten leichtfertig das Wort redet, stellt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Aluminiumproduktion in Frage und gefährdet die Umsetzung der von Politik und Gesellschaft getragenen Energiewende“, erklärten Oliver Bell, Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle und Heinz-Peter Schlüter, Präsident des Gesamtverband der Aluminiumindustrie e.V. in einem gemeinsamen Statement. Beide erinnern an den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Senders, für eine objektive Berichterstattung Sorge zu tragen.

Beiträge und Leistungen der Aluminiumerzeuger zum Umbau der Energieinfrastruktur werden in dem Beitrag für tagesschau.de vollkommen außer Acht gelassen. Anders als dargestellt, ist die Erzeugung und Verarbeitung von Aluminium in Deutschland im höchsten Maße energieeffizient, ökologisch und federführend im Weltmaßstab.

„Wir arbeiten für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der industriellen Produktion trotz steigender staatlicher Belastungen. Jeder einzelne Arbeitsplatz in der energie- und wertschöpfungsintensiven Grundstoffindustrie sichert weiteres Einkommen entlang der gesamten Wertschöpfungskette“, so Schlüter und Bell weiter. Deutschland sorgt durch nationale Gesetzgebungen, insbesondere durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, für eine massive Versteuerung des Produktionsfaktors Strom. Um die im internationalen Vergleich entstehenden Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, erhalten die besonders energieintensiven Aluminiumhütten eine angemessene Reduzierung bei den Umlagen.

„Wer die Aluminiumhütten und mit ihnen weitere Teile der Grundstoffindustrie durch Kürzungen von Ausgleichsregelungen aus Deutschland verdrängt, reduziert nicht die jährlich anfallenden EEG-Kosten. Die Vergütungen für Strom aus erneuerbaren Energien bleiben unverändert hoch. Ohne den Beitrag der Industrie zum Ausbau der Erneuerbaren Energien würden die EEG-Kosten für Haushalte und Staat durch Schließung der Hütten noch höher ausfallen und zusätzliche Arbeitslosenkosten entstehen“, erklärten Bell und Schlüter.

Eine unverändert hohe Umlage des EEG und der Verlust von 2.000 direkten Arbeitsplätzen in der Aluminiumindustrie lösen also kein Problem und können weder politisch gewollt noch von der WDR-Wirtschaftsredaktion verantwortet werden.

„Die wettbewerbsfähige Metallproduktion steht am Anfang einer vielfältigen Wertschöpfungskette, bietet Versorgungssicherheit und Technologievorsprünge für viele Industriezweige. Ohne Industrie und ohne Entlastungen der stromintensiven Unternehmen ist die Stärke des Industriestandortes Deutschland nicht zu erhalten und es fehlt die Kraft zum Umbau des Energiesystems“, so Bell und Schlüter weiter.

„Angemessene Regeln für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sind zwingender Bestandteil der Energiewende. Dazu gehört insbesondere auch die Besondere Ausgleichsregelung im neuzufassenden Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Wir begrüßen die Initiative von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die EEG-Novelle jetzt forciert anzugehen, die Systemfehler bei der Förderung der Erneuerbaren Energien zu beseitigen und dabei die Interessen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu beachten. Es gibt kein Industrieland Deutschland ohne sichere, saubere und bezahlbare Energie. Dies ist auch Voraussetzung für das nachhaltige, wertvolle und unverzichtbare Aluminium“, so Bell und Schlüter abschließend.

Ansprechpartner:

Dirk Langolf

T: +49 30 72 62 07-111
F: +49 30 72 62 07-199
M: +49 170 7606628
E: langolf@wvmetalle.de
W: www.wvmetalle.de

WirtschaftsVereinigungMetalle
Kommunikation
Wallstr. 58, 10179 Berlin